



Unsichere Zeit in Peru

Demonstration in Lima im Januar 2023: »Die Stimme der Ermordeten wird weiterhin in unseren Stimmen protestieren.«

Norma Driever ist im Februar 2023 nach Peru gereist. Zur gegenwärtigen politischen Lage des Landes hat sie Stimmen von weltwärts-Akteur*innen eingefangen.

Seit Dina Boluarte am 7. Dezember 2022 die Präsidentschaft der Republik übernommen hat, befindet sich Peru im Umbruch. Die Situation hat sich noch verschärft, als der Bürgermeister der Hauptstadt Lima, Rafael López, am 11. Februar 2023 das historische Zentrum von Lima für 180 Tage als »unantastbar« erklärte, um Konfrontationen zwischen der Polizei und den Protestierenden zu vermeiden.

Größte Krise in der Geschichte

Bei meinem Besuch in Peru konnte ich erleben, wie groß das Bedürfnis unserer Partner*innen und Freiwilligen des weltwärts-Programms ist, Menschen über die Ursachen und die Folgen dieser Situation aufzuklären. So sagt Antonio Cerna, Tutor in der Schule Fé y Alegría 17: »Peru befindet sich in einer Krise, wie es sie in seiner Geschichte noch nie gegeben hat. Sie ist das Ergebnis von 200 Jahren Zentralismus, von Ausgrenzung unserer Landsleute aus den Anden- und Amazonasgemeinden und von der Konzentration des Reichtums in den Händen einiger weniger, die sich für die Eigentümer*innen der Nation halten. Auch ist die Krise die Folge von Rassismus, der die Ärmsten immer als Bürger*innen zweiter Klasse betrachtet hat. Heute haben wir die Antwort mit den sozialen Bewegungen, die soziale Gerechtigkeit und Bürgerrechte fordern.«

Lita Ruiz, Direktorin des Radioprojekts Cecoprode, ergänzt: »Die Regierung ist

nicht in der Lage, auf die sozialen Forderungen zu hören und sie in konkrete Taten umzusetzen. Sie versteht nicht, was die Bürger*innen fordern: Neuwahlen, Auflösung des Kongresses und eine verfassungsgebende Versammlung. Im Gegenteil: Die Protestierenden werden als Terroristen abgestempelt. Diese Auffassung wird leider auch von vielen Medien übernommen. Sie reproduzieren die Logik des »terruqueo« und geben nur denjenigen eine Stimme, die die offizielle Stimme der Regierung mittragen.«

Viele Protestierende getötet

Die Lima-Mentorin Nani Mosquera verfolgte die Lage der Indigenen Perus und stellt fest: »Indigene Völker leiden seit der Eroberung und bis zum heutigen Tag unter Misshandlung, Diskriminierung, Rassismus und Gewalt. Jetzt werden sie von der Polizei und dem Militär getötet, weil sie protestieren und den Rücktritt von Präsidentin Boluarte fordern. Fast 60 Menschen wurden in den Regionen durch Schusswaffen getötet, darunter auch Quechua und Aymara Sprechende. Am 19. Januar 2023, dem Tag der nationalen Proteste »Marcha de los Cuatro Suyos«, erreichten sie Lima mit ihrem Schmerz, ihrer Wut und ihrer Empörung und forderten Gerechtigkeit für ihre ermordeten Brüder und Schwestern.«

Der Freiwillige Max Rakow beobachtet die politische Lage Perus nach seiner Erfahrung als Betreuer der sozialen Medien

bei Radio Marañon in Jaén-Cajamarca: »Ich lebe zurzeit im Norden Perus, wo die Situation eher ruhig ist. Auch hier wird demonstriert und in der Region gibt es Straßenblockaden, jedoch alles in einem kleineren Ausmaß als das im Süden der Fall ist. Generell läuft alles friedlich ab. Doch was die Menschen fordern, ist klar. Sie sind extrem unzufrieden mit dem Kongress und vor allem mit der Präsidentin. Die aktuelle Regierung wirkt nur noch so, als ob sie sich an ihrer Macht festklammere. Die Toten werden nicht wahrgenommen und es gibt auch keine klaren Botschaften an die Bevölkerung.«

Die ehemalige Süd-Nord-Freiwillige Melany Panta, derzeit Studierendenvertreterin an der Universidad Nacional de San Marcos, sagt nach dem Überfall auf die Universität durch ein Polizeikommando und einen Panzer: »Ich lehne es ab und bedauere zutiefst, dass sowohl die Demonstrierenden als auch die Studierenden Gewalt, Demütigung und Misshandlung durch die Polizei erlitten haben. Ich habe um einen Rat gebeten, damit die beteiligten Behörden die entsprechenden Erklärungen abgeben können. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie sie uns töten. Als Studierende ist es unsere Pflicht, unser Volk zu organisieren und zu unterstützen.«

Norma Driever ist Referentin für das Freiwilligenprogramm weltwärts im Welthaus Bielefeld.